



10-Punkte-Sofortprogramm zur Reduzierung des Lehrkräftemangels

1. Bezahlung verbessern!

A13 sofort mit dem Nachtragshaushalt 2023 einführen, um im Vergleich mit andern Ländern wie NRW und Hessen konkurrenz- und wettbewerbsfähig zu sein. Die Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft muss entsprechend angepasst werden.

2. Teilzeitkräfte motivieren!

Teilzeitkräfte gezielt ansprechen und motivieren, Stunden aufzustocken oder in Vollzeit zu arbeiten. Bei der Erreichung eines bestimmten Zielwertes an zusätzlichen Unterrichtsstunden kann mittels systembezogenen Prämienzahlungen des Landes das jeweilige Schulbudget erhöht werden. Das Ziel muss es sein, dass Vollzeit wieder die Regel wird und die Teilzeitquote dauerhaft reduziert wird.

3. Mehrarbeitsvergütung erhöhen!

Die Mehrarbeitsvergütung der Lehrer ist im letzten Jahr zwar je Unterrichtsstunde um 15 Prozent erhöht worden, aber eine weitere Erhöhung um 15 Prozent würde die Lehrkräfte motivieren, zusätzlich zu ihrem Stundendeputat weitere Unterrichtsstunden zu erteilen.

4. Arbeitszeitkonten flexibilisieren!

Die Rahmenbedingungen der freiwilligen Arbeitszeitkonten, mittels derer zusätzliche Unterrichtsstunden erteilt und diese zu einem späteren Zeitpunkt in Freizeit ausgeglichen werden können, müssen stärker flexibilisiert werden, beispielsweise durch längere Laufzeiten der Konten oder durch eine längere völlige Freistellung von der Unterrichtsverpflichtung als bisher.

5. Ganzttag umstrukturieren!

Lehrkräfte konsequent aus den Betreuungsangeboten des Ganztages abziehen und diese im Kernunterricht einsetzen. Statt Lehrkräften müssen mehr pädagogische Mitarbeiter und Ehrenamtliche ins Ganztagsystem, um Ressourcen freizusetzen. Dazu müssen bürokratische Hürden gesenkt und den Schulen ein auskömmliches Budget zur Finanzierung des Ganztages zur Verfügung gestellt werden.



6. Quereinstieg erleichtern!

Einführung eines berufsbegleitenden Quereinsteiger-Studiums, das praxisnahe Pädagogik vermittelt, für Berufserfahrene mit unterschiedlicher beruflicher Vorbildung. Und: Schnellere und unbürokratischere Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, vor allem aus der EU. Dabei sollte die Eigenverantwortlichkeit der Schulen bei der Personalauswahl gestärkt werden.

7. Studienkapazitäten planen

Kultus- und Wissenschaftsministerium müssen mittel- und langfristige fachspezifische Bedarfe so kalkulieren, dass gezielt nur die Studienfächer kapazitär ausgebaut werden, die entsprechende Bedarfe aufweisen, damit Steuerungsprobleme vermieden werden. Gerade der Bereich der Sonderpädagogik muss konsequent weiter ausgebaut werden.

8. Studienseminare stärken!

Die Studienseminare im ländlichen Raum müssen gezielt verstärkt und deren Kapazitäten passgenau aufgestockt beziehungsweise voll ausgelastet werden. Auch die Verteilung der Studienseminare und der Lehramtsausbildenden Universitäten, insbesondere im ländlichen Raum, muss mit Blick auf stark unterversorgte Regionen neu gedacht werden.

9. Ausbildung anpassen!

Die Lehramtsausbildung muss noch praxisnäher gestaltet werden. Späte Abbrüche, vor allem in der Masterphase, können durch frühzeitigen Praxiseinsatz im 1. oder 2. Semester in den Schulen vermieden werden. Ein duales Studium der Lehramtsausbildung würde dabei helfen.

10. Bürokratie abbauen!

Die Zuweisung der zur Verfügung stehenden Lehrerstunden muss effizienter gestaltet werden. Lehrkräfte müssen primär für die Erfüllung der Unterrichtsverpflichtungen/ Stundentafeln eingesetzt werden, zusätzliche unterrichtsfremde Aufgaben und dahinter stehende Anrechnungsstunden müssen schnell mit anderem Personal besetzt werden. Der zu schaffende Beruf eines Schulverwaltungsangestellten könnte diese Lücke füllen. Zum Bürokratieabbau gehört auch: Pensionierte Lehrkräfte, die wieder unterrichten



wollen, müssen schneller und unbürokratischer ins System geholt werden, ohne neue Einstellungsverfahren. Lehrkräfte, die freiwillig länger arbeiten wollen, müssen die Möglichkeit bekommen, länger als die bisherigen 3 Jahre im System zu bleiben.